

## ODE AN DIE FREUDE

Die Welt feiert Beethovens 250. Geburtstag. Klaus Harer beschreibt die zentrale Bedeutung des Komponisten für die russische Musikentwicklung.

Seite 13



# PETERSBURGER DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

## TRAUER UM SCHÄTZE

Im 2. Weltkrieg raubten die Deutschen russisches Kulturgut, manches retteten sie, manches blieb verschollen. Corinna Kuhr-Korolev bilanziert.

Seite 15

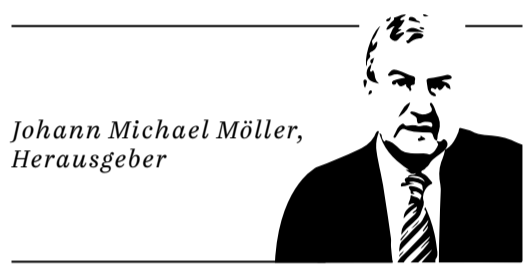


ISSN: 2566-8668

## Krieg der Erinnerungen

Es könnte das letzte Mal sein, dass Europa des Kriegsendes vor 75 Jahren in der Überzeugung gedenkt, den alliierten Sieg über Nazideutschland als den großen gemeinsamen „Erinnerungsort“ seiner jüngeren Geschichte zu betrachten. Die letzten Vertreter der Kriegsgeneration sterben aus und ihre Zeitzeugenschaft muss dem Deutungswettbewerb der Nachgeborenen weichen. Aus der Erinnerung an den Krieg ist längst, wie es die junge russische Historikerin Ekaterina Makhotina formuliert hat, ein „Krieg der Erinnerungen“ geworden.

Dieser wird nicht nur laut und vernehmlich zwischen Russland, Polen und den baltischen



Johann Michael Möller, Herausgeber

Staaten ausgetragen, sondern hat mit der jüngsten Resolution des Europaparlaments zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins“ auch die ganze Union erreicht. Darin wird ein geschichtspolitischer Perspektivwechsel vollzogen, der in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern schon länger im Gange ist. Radikaler könnte der nicht sein.

Denn er rückt den berichtigten Hitler-Stalin-Pakt ins Zentrum der europäischen Erinnerungskultur und macht ihn dadurch zum eigentlichen Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs. Hitler und Stalin, heißt das im Klartext, treffe im Grunde dieselbe Schuld.

In russischen Ohren muss dieser Vorwurf ungeheuerlich klingen, denn er stellt mit dem Sieg über den Faschismus nicht nur den zweiten Gründungsmythos der alten Sowjetunion infrage, sondern betrifft auch das heutige Selbstverständnis Russlands. Dort empfindet man den eigenen Beitrag zur Befreiung Europas vom Faschismus immer noch als die letzte moralische Errungenschaft, die vom sowjetischen Erbe übriggeblieben ist. Jetzt sind wir also nur noch die Täter, bemerkt der Historiker Alexey Miller bitter, und die anderen sind nur die Opfer.

Dass diese geschichtspolitische Wende des Europaparlaments in Deutschland vergleichsweise wenig beachtet wurde, ist umso verwunderlicher, als in letzter Konsequenz auch das deutsche Selbstverständnis von der Singularität der Naziverbrechen in Frage gestellt wird. Das hat nichts mit einem westeuropäisch dominierten Weltbild zu tun, das die besondere Tragik Ostmitteleuropas verkennt. Es geht am Ende um ein gemeinsames Grundverständnis der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, das nicht auf dem Altar nationaler Geschichtsstrategien geopfert werden darf.

## #12

### ARCHITEKT DES AUTORITÄREN

Wladimir Putin regiert seit 20 Jahren. Katja Gloger stellt dem faktischen Zaren einer auferstandenen Großmacht ein Zwischenzeugnis aus.

Seite 3

### ALTES, NEUES FEINDBILD

Matthias Platzeck will wieder mehr Partnerschaft mit Russland wagen und verlangt in seinem neuen Buch eine neue Ostpolitik. Ein Vorabdruck

Seite 5

### PUTINS NEUER

Hat die Berufung von Dmitri Kosak als Ukraine-Berater Einfluss auf die Lage im Donbass? Vladimir Solovjev ist optimistisch.

Seite 6



## JAHRE

## KRIEGSENDE

### Licht und Schatten des Neubeginns Seiten 8 – 11

## Das Spiel ist aus

In Syrien haben Europa und die USA versagt und ihre Glaubwürdigkeit verspielt, gesiegt hat die Autokratie

VON KRISTIN HELBERG

Nach fast neun Jahren ist der Konflikt in und um Syrien nicht gelöst, aber entschieden. Gewonnen haben das syrische Regime, Russland, Iran und ein bisschen auch die Türkei. Sie wussten, was sie wollten, waren bereit, alles dafür zu tun und passten die eigenen Strategien pragmatisch der Kriegsdynamik an. Verloren haben die USA und Europa, die den Wunsch vieler Syrer nach einem Leben in Freiheit und Würde halbherzig und planlos unterstützten.

Der Westen hat viel geredet und wenig getan und mit dieser Lücke zwischen Worten und Taten die eigene Glaubwürdigkeit verspielt. Er konnte mit seinem System aus internationalen Absprachen, moralischen Prinzipien und demokratisch legitimierten Institutionen weder den Syrern helfen noch den Krieg beenden. Die liberale Demokratie hat im Syrien-Konflikt folglich versagt, die Autokratie hat gesiegt. Ein Ergebnis mit weitreichenden Folgen – für die Syrer, den Nahen Osten, Europa und die Welt.

Präsident Baschar al-Assad bleibt an der Macht und wird in den kommenden Monaten die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zurückgewinnen – in Idlib mit Waffengewalt, im Nordosten durch eine schleichende Übernahme der kurdischen Selbstverwaltung. In Syrien geht es weiter wie bisher, nur schlimmer.

Assads Herrschaft erfordert Loyalität, die er mit Klientelismus erzeugt und mit Angst erzwingt. Die beiden Säulen seiner Macht sind deshalb treu ergebene Geschäftsleute und ein weit verzweigter Geheimdienstapparat. Wer das Regime stützt wird belohnt, wer es ablehnt wird bestraft.

Die Geheimdienste sind so mächtig wie nie. Lokale Milizen machen, was sie wollen. Es wird bestochen und erpresst, gedroht und entführt, geplündert und gestohlen. Ging die Willkür vor dem Krieg ausschließlich vom Staat aus, sind die Syrer nun auch nicht-staatlichen und ausländischen Akteuren ausgeliefert.

Das pseudosozialistische, neokapitalistische Wirtschaftssystem hat zu einer Symbiose zwischen Unternehmern und Regimevertretern geführt. Durch die von Assad vorangetriebene Liberalisierung und die Kriegswirtschaft der vergangenen Jahre sind Herrschafts- und Vermögensstrukturen in Syrien miteinander verschmolzen. Regimenaher „crony capitalists“ profitieren von der Privatisierung öffentlichen Eigentums, von Schmuggel und der Bildung von

Monopolen im Dienstleistungssektor. Macht und Geld sind in Syrien nicht voneinander zu trennen, was bei humanitärer Hilfe und beim Wiederaufbau zu beachten ist.

Während Teile des Landes in Trümmern liegen, das syrische Pfund weiter an Wert verliert und laut UN mehr als 80 Prozent der Syrer in Armut leben, kümmert sich das Regime im Sinne der Herrschaftssicherung vor allem um seine Anhänger und Unterstützer. In Aleppo fließen UN-Gelder nicht in die am meisten zerstörten Wohnviertel im ehemals oppositionell verwalteten Osten der Stadt, sondern in Gebiete, deren Bewohner als regimetreu gelten. Im Süden von Damaskus baut die Stadtverwaltung auf den Ruinen zerbombter Mittelstands- und Arbeiterviertel nicht etwa Sozialwohnungen, sondern Luxusressorts. Frühere Bewohner werden enteignet oder mit lächerlichen Summen entschädigt.

Dieses Verhalten lässt sich von außen nicht beeinflussen, da es den Herrschenden das Überleben sichert. Seit Jahrzehnten sind Gesellschaft, staatliche Institutionen und Privatwirtschaft vom Regime vereinnahmt, sie bilden ein engmaschiges Geflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten. Jedes echte Zugeständnis – etwa die Entmachtung der Geheimdienste, Meinungs- und Pressefreiheit oder eine unabhängige Justiz – würde das System zum Einsturz bringen und die Machthaber in Damaskus existenziell bedrohen. Das syrische Regime ist folglich seinem Wesen nach unfähig zu wirksamen Reformen.

Diese Erkenntnis ist wichtig für ausländische Akteure, die im Umgang mit Damaskus eine Strategie suchen. Vergeblich bemühen sich die USA und Europa seit 2012 um einen „glaubwürdigen politischen Übergang“ inklusive Machtübertragung, Übergangsregierung, neuer Verfassung und demokratischer Wahlen unter UN-Aufsicht.

Das von Staatschefs und Außenministern wiederholte Mantra, der Konflikt könne nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden, ist zur peinlichen Floskel verkommen. Sie entlarvt die Strategielosigkeit und Handlungsunfähigkeit des Westens. Denn sie missachtet eine Grundregel der Diplomatie, der zufolge eine Verhandlungslösung erst dann möglich ist, wenn sämtliche Konfliktparteien keinen Sinn mehr darin sehen weiterzukämpfen. Militärische Eskalation darf sich für keine Seite mehr lohnen,

Fortsetzung auf Seite 4

## Kann er auch Politik?

Der neue russische Ministerpräsident Michail Mischustin steht vor einem Gang über ein Minenfeld

VON VIKTOR LOSCHAK

Seinen Namen erfuhren 86 Prozent der von Soziologen befragten Russen erst, als Michail Mischustin zweiter Mann im Staat geworden war. Inzwischen kennen sie sein schönes Lächeln und das willensstarke Gesicht eines Menschen mit Charakter. Aber in der Regierung gibt es so viele Neulinge, dass das Land noch einige Zeit zu tun hat, sich mit seiner neuen Führung bekannt zu machen.

Mischustin kehrte vor zehn Jahren in den Staatsdienst, nachdem er zwischenzeitlich Gesellschafter eines privaten Investmentunternehmens gewesen war, weshalb es seiner Familie seit langem sehr gut geht: Viel Geld, große Häuser an der berühmten Rubljowka, seine Söhne und nahen Verwandten sind wohlhabend.

Um möglichen Gerüchten über die Provenienz des Vermögens des neuen Premiers zu begegnen, gab die Geschäftsführerin der Investmentgesellschaft UFG Invest Group, Polina Gerasimenko, vor Kurzem der Nachrichtenagentur RBK ein Interview: In den zwei Jahren seiner Tätigkeit als Gesellschafter dieses Unternehmens habe Mischustin 2,5 Millionen Dollar verdient, im Verlauf von weiteren fünf Jahren hätten nahe Verwandte, die seinen Anteil an dem Trust übernahmen, noch einmal 33,5 Millionen Dollar erwirtschaftet.

Der neue Ministerpräsident schreibt Gedichte und Lieder, spielt nach Gehör Klavier, liebt Tennis und spielt mit dem Präsidenten Eishockey in der „Nacht-Hockey-Liga“. Davon abgesehen gehörte er aber nie zu Wladimir Putins engem Umkreis und zählt auch jetzt nicht dazu. Er ist das neue Gesicht der Macht, das die Russen schon seit langem sehen wollten.

Während der Fahrt in ein in der Stadt Dubna bei Moskau gelegene Forschungszentrum erklärte mir ein guter Freund in aller Kürze, wer dieser Mischustin ist. Auf einem Feld in der Nähe der Straße stehen Hallen, in denen sich das Rechenzentrum der Steuerbehörde Russlands befindet. Mischustin ist ein Steuerrevolutionär. Mit Hilfe der Digitalisierung hat er dieses fiskalisch desolate Land im Hinblick auf Technologie und Effektivität der Erfassung und Eintreibung von Steuern fast zu einem der vorbildlichsten in der Welt gemacht. So ist gerade die Steuerverwaltung zu einem fortschrittlichen Zentrum für die Erfassung wirtschaftlicher Informationen geworden, wodurch es nun möglich wird, mit Hilfe umfangreicher Daten sozioökonomische Prozesse in ganz Russland besser zu verstehen.

Vierundfünfzig Jahre ist ein gutes Alter, um Ministerpräsident zu werden. In diesem Alter ist eine solche Herausforderung interessant, und man ist weise genug, sie richtig anzunehmen. Wozu Putin, der im Grunde selbst das gesamte russische politische System verkörpert, Mischustin braucht, ist offensichtlich: Nach dem gerade stattfindenden Umbau der Verfassung zu urteilen, hat der Präsident die Absicht, „zu gehen, um zu bleiben“. Dafür braucht er nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch eine funktionierende Wirtschaft und ein zufriedenes Land.

Die Qualität der Verwaltung in Russland war jedoch bis zum Beginn des Jahres 2020 so niedrig, dass die Regierung es nicht einmal fertigbrachte, auch nur die vorhandenen Ressourcen auszuschoöpfen: 2018 wurden 770 Milliarden Rubel nicht ausgegeben, im vergangenen Jahr eine Trillion. Dieses Geld war vor allem für nationale Projekte verplant und hätte wenigstens ein kleines Wirtschaftswachstum herbeiführen können.

Putin hat nirgends von einer *Carte blanche* für den neuen Ministerpräsidenten gesprochen, aber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts tut es umso deutlicher: Mischustin hat mehrere seiner Vize-Ministerpräsidenten und Minister ernannt, und Putin hat die beiden letzten seiner alten und ihm nahestehenden Kollegen aus der Regierung entfernt: Dmitri Kosak und Witali Mutko.

Es war Kosak, der Putin in das Petersburger Rathaus holte, wo für den ehemaligen Offizier des KGB ein neues Leben im Staatsdienst begann. Mischustin hat seine Regierungsmannschaft selbst zusammengestellt, vielleicht ist es nun möglich, die bisherige Regierungspraxis zu beenden, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg mit dem Präsidenten zu kommunizieren. Mischustins Vorgänger nahm häufig nicht einmal an den Sitzungen des Präsidenten mit seiner Regierung teil.

Wer bleibt, das sind die Angehörigen der Sicherheitsdienste und des Militärs, die Silowiki. So wird das vielleicht wichtigste Problem der russischen Entwicklung konserviert – die fast schon institutionalisierte Alimentierung der Silowiki durch die Wirtschaft. Die geistige Wurzel dieses Problems liegt in einem pervertierten Verständnis von Gerechtigkeit: Stillschweigend gilt, dass ein Beamter, der beim FSB oder bei der

Fortsetzung auf Seite 6

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

ПЕТЕРБУРГСКИЙ  
ДИАЛОГ

Fortsetzung auf Seite 4

# Neue Ansätze für einen alten Konflikt

Hat die Ersetzung von Wladislaw Surkow durch Dmitri Kosak im Kreml einen Einfluss auf die Lösung der Situation im Donbass?

VON VLADIMIR SOLOVJEV



Putins Problemlöser in der Ukraine: Dmitri Kosak

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinen bisher für die politischen Beziehungen zur Ukraine und zur international nicht anerkannten Republik Donbass zuständigen Berater abberufen. An die Stelle von Wladislaw Surkow, der fast sieben Jahre lang diese Themen betreute, tritt jetzt Dmitri Kosak. Der Weggang des Hardliners Surkow wurde in Kiew mit Enthusiasmus begrüßt, man schließt daraus, dass Moskau seine Haltung in Bezug auf den Donbass mildern könnte.

Schon seit dem Sommer vergangenen Jahres wurde darüber spekuliert, wer neuer Chefunterhändler für den Donbass werden könnte. Über die Möglichkeit einer Rotation sprach man schon bald nachdem Petro Poroschenko, der in Moskau als nicht verhandlungsbereit galt, bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen Wolodymyr Selenskyj unterlegen war. Mit Selenskyj, der Frieden im Donbass zu seinem zentralen Ziel erklärte, verband sich die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Sackgasse.

Erste Gespräche ergaben sich im Sommer vergangenen Jahres, als Moskau und Kiew über einen Gefangenenaustausch verhandelten. Zunächst verständigten sich die beiden Präsidenten in mehreren Telefonaten über die Rahmenbedingungen, dann wurden ihre Assistenten und weitere Beamte einbezogen.

Im September kam es zum Austausch unter der Formel „35 gegen 35“. Zusammen mit den in Russland inhaftierten ukrainischen Seeleuten konnte auch der Regisseur Oleg Senzow nach Hause fahren. Den Weg in die entgegengesetzte Richtung nahmen russische Bürger, die in der Ukraine Haftstrafen abzulösen hatten, unter ihnen auch der wegen Hochverrats angeklagte Journalist Kirill Wschynski.

Bald darauf wurde bekannt, dass auf russischer Seite nicht nur der langjährige Ukraine-Berater im Kreml und Assistent Putins Surkow mit dem Austausch befasst war, sondern auch Kosak, zu dieser Zeit stellvertretender Ministerpräsident in der russischen Regierung. Er war es, der rasch den Kontakt zu Andrij Jermak hergestellt hatte, der als Assistent Präsident Selenskyjs für die Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine zuständig ist. Schon damals wurde darüber spekuliert, ob der aus der Ukraine stammende Kosak bald zur führenden Figur der russischen Ukrainepolitik werden könnte.

Die Gerüchte bestätigten sich im Januar, als Kosak nach dem Rücktritt der Regierung Dmitri Medwedjews aus der

Regierung im Weißen Haus in den Kreml wechselte und stellvertretender Chef der Präsidentsverwaltung wurde. Surkow reagierte darauf mit seinem Rücktrittsgesuch, das Putin lange nicht unterzeichnete. Am 18. Februar schließlich kam es doch zu Surkows offizieller Entlassung.

Surkow kommentierte den Vorgang mit keinem Wort. Alexej Tschesnakow jedoch, Direktor des Zentrums für politische Konjunktur und Surkows Vertrauter – so etwas wie das Sprachrohr Surkows in den sozialen Netzwerken – erklärte dessen Entscheidung mit einem Kurswechsel bezüglich der Ukraine.

Bisher gibt es keinerlei offizielle Hinweise darauf, in welche Richtung Moskaus Kurs sich ändern könnte oder ob er sich überhaupt ändert. Vielmehr erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow: „Alle Verlautbarungen über einen Kurswechsel gegenüber der Ukraine entsprechen nicht den Tatsachen und geben lediglich den Standpunkt desjenigen wieder, der diese Äußerungen macht.“

Man weiß allerdings, dass Surkow und Kosak in der Einschätzung der Lage häufig unterschiedlicher Auffassung waren.

Angeblich kam es zwischen den beiden Vertrauten Putins wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem Donbass, und zwar sowohl in ökonomischen als auch in politischen Fragen.

Mittelbar wurde dies kürzlich durch Selenskyjs Assistenten Jermak bestätigt, seit Februar 2020 Chef der Präsidentsverwaltung des ukrainischen Präsidenten. Jermak und Kosak wirkten nicht nur aus der Entfernung bei dem genannten Gefangenenaustausch zusammen, sie trafen sich laut der Zeitung *Kommersant* auch mehrere Male in Minsk, wo sie über eine mögliche politische Lösung des Konflikts im Donbass gesprochen haben sollen. Dabei äußerte sich Jermak höchst positiv über Kosak. Seiner Einschätzung nach sei der neue stellvertretende Chef der russischen Präsidentsverwaltung eher bereit zum Dialog als Surkow.

Surkow hatte von ukrainischer Seite nie Komplimente zu erwarten, und ihm lag eigentlich auch nicht daran. Er misstraute den Ukrainern. Außerdem machte der ehemalige Assistent Putins nie einen Hehl aus seiner äußerst harten Position gegenüber Kiew, auch nicht aus seinen Sympathien für die international

nicht anerkannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken (DNR und LNR), mit deren Entstehung er, wie es heißt, unmittelbar zu tun hatte.

Die Lösung des Konflikts im Donbass wäre nach Auffassung Surkows letztlich die Schaffung eines Mini-Russlands innerhalb der Ukraine. Die Donezker und Lugansker Volksrepubliken seien für ihn Gebiete, für die eigene Gesetze gelten sollten, nicht die der Ukraine, und die in einer besonderen, privilegierten Beziehung zu Moskau stehen sollten. Dies alles gesetzlich zu verankern, auch in der ukrainischen Verfassung, sei Sache des ukrainischen Staates selbst.

Von dieser Einstellung wollte Wladislaw Surkow keinen Millimeter abweichen, und er verlangte von der ukrainischen Seite immer die strikte Befolgung aller Punkte des Minsker Abkommens in genau der festgelegten Reihenfolge. Das führte zu Streit mit Kiew.

Die ukrainische Seite wollte erst die Kontrolle über das Grenzgebiet zu Russland wiedererlangen und erst danach gesonderte Wahlen für die regionalen Regierungen der Regionen Donezk und Luhansk (ORDLO) abhalten. Moskau dagegen verwies immer darauf, dass im

Minsker Abkommen eine andere Reihenfolge verankert sei und beharrte darauf: zuerst Wahlen (das heißt die Bildung einer von Kiew anerkannten Regierung in den Donezker und der Luhansker Republiken), danach erst Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenzen durch die ukrainische Regierung.

Jüngstes Beispiel für die Kontroverse darüber war der Gipfel im „Normandie-Format“, der am 9. Dezember in Paris stattfand. Surkow gehörte dabei zu den russischen Unterhändlern. Auf der abschließenden Pressekonferenz der vier Staatschefs diskutierte Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Selenskyj unter anderem darüber, wann und wie der ukrainischen Regierung die Kontrolle über die Grenzen übergeben werden solle, sowie über den Sonderstatus der beiden sogenannten Volksrepubliken. Putin bekräftigte damals, dass deren Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine verankert werden müsse. Selenskyj antwortete darauf, die ukrainische Regierung sei nicht willens, das grundsätzliche Ziel einer Föderalisierung des Landes zu ändern. „Wir werden keinerlei Beeinflussung der politischen Führung der Ukraine zulassen.“

Kosak hat den Ruf eines Pragmatikers, der Probleme lösen kann. Zwar war er vor dem Wechsel auf seinen derzeitigen Posten in der Präsidentsverwaltung als stellvertretender Ministerpräsident für die Energiewirtschaft zuständig, doch ist ihm das Problemfeld der postsowjetischen Länder nicht fremd. Im Juni 2019 wurde mit Hilfe seines von Putin sanktionierten persönlichen Eingreifens in der Republik Moldau der allmächtige Oligarch Vladimir Plahotniuc schnell und unblutig entmacht.

Kosaks Pragmatismus zeigte sich damals deutlich. Um erfolgreich zwischen der prorussischen, vom Kreml unterstützten Partei der Sozialisten (PSRM) und dem prowestlichen Block Acum, zu dem auch die rechte Partei „Plattform Würde und Wahrheit“ (PAD) und die Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) gehörten, vermitteln zu können, garantierte er dem Block Acum den Posten des Premiers in der postoligarchischen Regierung.

Man könnte schwerlich sagen, wann in der jüngeren Geschichte, vor allem nach Ausbrechen der ukrainischen Krise und dem damit zusammenhängenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen, Moskaus Unterhändler jemals ruhige Gespräche mit Parteien und Politikern geführt hätten, die sich offen dafür einsetzten, dass ihr Land sich so weit wie möglich von Russland und dessen Interessen distanzieren sollte. Kosak war dazu instande.

Wenn sich in naher Zukunft bestätigen sollte, dass es jetzt ein von Kosaks zentralen Aufgaben ist, die Rücknahme oder wenigstens eine wesentliche Milderung der auf Russland lastenden Sanktionen zu erreichen, könnte der neue Ansatz des Kremls die Lösung des Konflikts im Donbass ermöglichen. Diese Hoffnung stützt, dass Kosak schon einmal mit einer international nicht anerkannten Republik im postsowjetischen Raum zu tun hatte, gerade im Kontext ihrer Reintegration: Im Jahre 2003 entwarf er den Plan für eine Rückkehr der Pridnestrowschen Moldauischen Republik (Transnistrien) in die Rechtsstaatlichkeit von Kischinew (Chişinău).

Vladimir Solovjev  
ist Moldau-Korrespondent der  
russischen Tageszeitung  
Kommersant.

9D

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „KANN ER AUCH POLITIK?“

Polizei einen gewissen Rang einnimmt, das Recht hat, nicht schlechter, wenn nicht sogar besser zu leben als ein mittelständischer Geschäftsmann.

Das ist der Hintergrund einer Reihe von Enthüllungen und Verhaftungen, die die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren schockierten, weil man selbst bei den Trägern von Schulterklappen weniger hoher Dienststränge Millionen Dollar und Milliarden Rubel fand. Wie Ruben Enikolopow, Rektor der New Economic School, einer privaten Wirtschaftshochschule in Moskau, scharf und offen kommentierte: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass eines der wesentlichsten Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum das russische Rechtssystem ist, welches das Eigentum nicht schützt, die Korruption nicht bekämpft und oft genug als Knüppel zur Lösung bei geschäftlichen Streitigkeiten eingesetzt wird.“

Damit sich die Unternehmen entwickeln und die Wirtschaft erholen können, muss die Regierung paradoxerweise ihrem eigenen Machtblock entgegenzutreten, also all jenen, die für gewöhnlich als erste auf die Staatskasse zugreifen. Am

schwierigsten wird es dabei sein, jener Gruppe von Personen zu widerstehen, die man „Putins Politbüro“ nennt, von denen die meisten gar keine wichtigen Ämter innehaben.

Hat die neue Regierung, in der es kaum noch politische Schwergewichte gibt, genug Willen und Entschlossenheit? Nicht ohne Grund charakterisiert die Politologin Tatjana Stanowaja sie alle zusammen folgendermaßen: „Sie sind konfliktstreu, pflichtbewusst, anpassungsfähig und politisch unauffällig. Putin könnte ihr Vater sein, sie gehören zur nächsten Generation, die in einer anderen, digitalen Welt lebt, die von der alternden Führung kaum verstanden wird.“

Mischustins politische Widerstandsfähigkeit gegen alle „Freunde“, Lobbyisten und Leiter staatlicher Unternehmen wird natürlich nicht ausreichen, wenn Putin nicht selbst zum Garanten für die Unabhängigkeit dieser Regierung wird. Dies liegt primär in seinem eigenen Interesse: Gerade diese Personen sollen den Präsidenten in der schwierigen Periode des großen Machttransits begleiten.

In einer Zeit des empfindlichen Einkommensrückgangs, des beinahe sta-

gnierenden Wirtschaftswachstums, aufsehenerregender Korruptionsskandale und nicht zuletzt drückender Sanktionen ist Russland ein sehr zögerliches Land. Mischustin und seine Regierung werden sich die Gunst der Bevölkerung erkämpfen müssen.

Das wird nur mit einem Ergebnis möglich sein: Es braucht Wirtschaftswachstum. Nur damit wären die frustrierten Bürger zu überzeugen. Bislang erwarten laut Umfragen 46 Prozent der Russen von der neuen Regierung keine positiven Veränderungen, 9 Prozent gar eine Verschlechterung. Pessimistisch sind auch Experten.

In konzentrierter Form brachte das Andrei Mowtschan, einer der besten russischen Wirtschaftskommentatoren, in einem Artikel für die Carnegie-Stiftung zum Ausdruck. Mit einem ironischen Blick auf die neue Regierung, die eher einer Rechnungskammer ähnelt, weil so viele von ihnen ehemalige Mitarbeiter der Steuerbehörde sind, vergleicht er die Situation mit dem typisch russischen Warten auf einen wundersamen Umbruch, eine überraschende und irrationale Wendung zum

Besseren. „Die zentrale Aufgabe von Putins Politikökonomie ist es, so viel Steuern einzutreiben wie möglich“ so der Autor. „Aus diesem Grund wurde der erfolgreiche Leiter der föderalen Steuerbehörde Chef der Regierung. Weshalb man erwarten sollte, dass uns nun ein Anstieg der steuerlichen Belastung bevorsteht, zumindest in Gestalt einer extensiven Steuereintreibung, aber vermutlich nicht nur.“

Von künftigen Erfolgen Mischustins sieht Mowtschan nur einen voraus: die Bevölkerung und Wirtschaft auszupeitschen. Aber die ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten bestätigen die zentralen Thesen des prominenten Ökonomen keinesfalls: Im Gegenteil, die neue Regierung nahm die Diskussion über die Senkung der Sozialbeiträge von 30 auf 23-25 Prozent wieder auf.

Diese Reform kann zu einem Rückgang der Schwarzarbeit, steigenden Einkommen für die Bevölkerung und Gewinnen für die Wirtschaft führen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. In der Diskussion über die neue Regierung gehen russische Kommentatoren in keiner Weise darauf ein, dass die ge-

wählte Option für die westlichen Partner und im Prinzip auch für Investoren vermutlich die akzeptabelste ist. Es wäre wahrscheinlich falsch zu glauben, Ziel der Einsetzung des neuen Kabinetts seien nicht ausländische oder generell private Investitionen, sondern nur mehr staatliche Regulierung.

Wirtschaftswachstum ohne eine weitere Öffnung der Wirtschaft ist in der heutigen Welt kaum möglich. Die Überwindung der Isolation wird für die neue Regierung die zentrale Frage sein. Mischustin ist, genau wie die anderen Neulinge in seiner Regierung, für den Westen im Kontext der kontroversen Probleme und der daraus folgenden Sanktionen nicht belastet. Kein einziger von ihnen steht in aktiver Beziehung zu den Ereignissen auf der Krim oder im Donbass, keiner von ihnen gilt als Propagandist oder Geschichtsrevisionist.

Die europäische Wirtschaft hat zurechnungsfähige und ideologisch nicht verblendete Partner bekommen. Man sollte auch nicht vergessen, dass Mischustin als seriöser Geschäftsmann zu den Gründern des Internationalen Computerklubs gehörte, einer Organisation,

die fast allen wichtigen Herstellern der rasant wachsenden Computerwelt Geschäfte in Russland ermöglichte.

Buchstäblich in der ersten Stunde nach seiner Ernennung bezeichneten die meisten Kommentatoren Mischustin als einen technischen Ministerpräsidenten. Ob er zu einem politischen wird, hängt von zwei Personen ab: von Putin und von Mischustin selbst. Die Art und Weise, wie der neue Regierungschef empfangen wurde, deutet darauf hin, dass seine Aussichten auf die Loyalität der Elite sehr hoch sind. Unter den Bedingungen des Machtwandels erhält diese Loyalität einen neuen hohen Stellenwert.

Für Mischustin selbst ist es möglicherweise eine interessante und reizvolle Herausforderung, Politiker zu werden. Aber es ist ein Gang über ein Minenfeld: Das Ziel ist klar, aber die Perspektive diffus.

Viktor Loschak ist Chefredakteur dieser Zeitung auf russischer Seite

9D